

Antworten der SPD zu den

Wahlprüfsteinen Landtagswahl 2008

des Deutschen Bibliotheksverbandes, Landesverband Hessen

1.1. In der öffentlichen Diskussion über die Ergebnisse der PISA-Studie ist aus verständlichen Gründen die Aufmerksamkeit auf die Schule zentriert gewesen. Dabei ist leider häufig nicht wahrgenommen worden, welche zentrale Rolle Bibliotheken in den Ländern spielen, die bei der Lesekompetenz ihrer Schülerinnen und Schüler deutlich bessere Ergebnisse als Deutschland vorweisen. Dadurch ist die Einsicht versperrt worden, dass die Ergebnisse der Schulen in diesen Ländern nicht erklärbar sind ohne die eigenständigen Leistungen der Bibliotheken und deren enger Vernetzung im regionalen Kontext. So spiegelt die deutsche Diskussion das Kästchendenken wieder, das einer der Ursachen der deutschen Misere ist.

1.2. Deutschland ist eines der wenigen europäischen Länder ohne Bibliotheksgesetz. Bisher hat auch der föderale Wettbewerb nicht dazu geführt, dass wenigstens in einem Bundesland eine entsprechende Gesetzgebung auf den Weg gebracht worden wäre. Hessen könnte hier beispielsweise von seiner italienischen Partnerregion, der Emilia Romagna, lernen, die schon seit Jahrzehnten über ein Bibliotheksgesetz verfügt, das vor allem auch Aussagen über Standards enthält. Vorbild könnte auch das finnische Bibliotheksgesetz sein, das stärker dienstleistungsorientiert ist.

Ein hessisches Bibliotheksgesetz ist daher überfällig. In das Regierungsprogramm der SPD ist es daher auch aufgenommen worden. Das Wichtigste dabei ist, dass Bibliotheken aus dem Katalog der freiwilligen Leistungen herausgenommen und in den der Pflichtaufgaben überführt werden. Das Gesetz sollte in jedem Fall Grundanforderungen formulieren, wie die Bibliotheken dem demokratischen Auftrag der Bibliotheken gerecht werden können, einer breiten Öffentlichkeit Zugang zu Information und Bildung zu ermöglichen. Dabei muss sicherlich der unterschiedlichen Finanzkraft der Träger Rechnung getragen werden, die jedoch nicht dazu führen kann, dass Informations- und Bildungschancen ungleich verteilt sind. Deswegen müssen auch die Landesmittel deutlich erhöht werden, um hier wirksame Anreize zu geben und wirksame Hilfe zu ermöglichen.

1.3. Die institutionelle Zersplitterung der Zuständigkeiten ist eine der Ursachen der unzureichenden Situation in Deutschland. Dies gilt für die Zuständigkeiten in der Landesregierung ebenso wie für die Zuständigkeit verschiedener Ämter vor Ort. In Finnland liegen beispielsweise die bei uns zwischen Sozial-, Schul- und

Kulturverwaltung aufgespalteten Verantwortlichkeiten in der integrierenden Hand der Kommune. Da dieser Gedanke in Deutschland wohl vor allem für die Schule immer noch undenkbar ist, muss ein Bibliotheksgesetz die Regelungen enthalten, die zur Kooperation ermuntern und diese erleichtern, ggf. auch erzwingen, wenn das Denken in Schubladen überhand zu nehmen droht.

2.1. Dass die Mittel für die Finanzierung elektronischer Informationen in HeBIS wachsenden Anforderungen ebenso wie den Kostensteigerungen angepasst werden müssen, versteht sich von selbst. Vergleicht man den hier betriebenen Aufwand mit den horrenden Kosten, die derzeit das Land für ein disfunktionales Verwaltungs-Steuerungssystem zum Fenster bzw. nach Walldorf hinaus wirft, handelt es sich auch nicht um angemessene Beträge.

2.2. Derzeit ist die Finanzierung des HeBIS-Verbundes eingebunden in den Haushalt der Frankfurter Universität, der der Verbund als überregionale Aufgabe zugewiesen wurde. Nach der Haushaltssystematik soll damit die Aufgabenerfüllung gesichert sein, ohne dass damit zwangsläufig eine Garantie der veranschlagten Beträge für den damit verbundenen Aufwand verbunden ist. Ob diese Erwartung eingelöst wird, werden wir sorgfältig beobachten müssen. Die Evaluation der neuen Haushaltssystematik ist nur sinnvoll, wenn sie mit der Bereitschaft verbunden ist, Änderungen (ggf. auch grundsätzlicher Art) vorzunehmen, wenn dies geboten erscheint.

3. Bei diesen Fragen wird Hessen von anderen Ländern lernen müssen. Im Rahmen eines Bibliotheksgesetzes sollte daher auch geprüft werden, ob Landesrestaurierungswerkstätten wie in Bayern) oder eine Landesstelle für Bestandserhaltung (wie in Sachsen) errichtet werden können, oder ob andere Wege in der spezifischen hessischen Situation sinnvoller erscheinen. Der Landesgesetzgeber ist sicherlich gut beraten, bei der Abwägung von Lösungsmöglichkeiten auch auf die Fachkompetenz des Bibliotheksverbandes zurückzugreifen.

4. Ja, weil die Novellierung des Pflichtexemplargesetzes überfällig ist.

5.1. Die Entscheidung, die Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken bei der Hessischen Landesbibliothek Wiesbaden anzusiedeln, und die schulbibliothekarische Arbeit mit einzubeziehen, war richtig. Ebenso war richtig, dass in Kassel eine Außenstelle bestehen geblieben ist, weil nur dadurch den regionalen Besonderheiten angemessen Rechnung getragen werden kann, die gerade im Bereich der öffentlichen Bibliotheken zwischen Nord- und Südhessen bestehen.

Absolut unverantwortlich war jedoch die mit dieser Operation verbundene Mittelkürzung. In der derzeitigen Ausstattung ist den Mitarbeitern an beiden Standorte die Erfüllung ihrer Aufgaben nur unzureichend möglich. Hier muss in den nächsten Jahren ein Wiederaufbau erfolgen. Dabei sollte mit den Beteiligten auch unvoreingenommen geprüft werden, ob eine Struktur gewünscht wird, wie sie sich im Museumsbereich entwickelt hat.

5.2. Die Landesmittel für die öffentlichen Bibliotheken sind unzureichend. Dies hat, leider, in Hessen eine Tradition über wechselnde politische Mehrheiten hinaus.

Gerade deswegen ist eine Kraftanstrengung erforderlich, die diesen Zustand beendet. In diesem Rahmen ist es sicherlich auch sinnvoll, bei der Verteilung der Fördermittel flexibler zu werden.